

«Viel Marktpotenzial»

Hilcona investiert über 1,5 Millionen in Tofuproduktion

SCHAAN Die Hilcona AG ist auf dem Weg, einer der bedeutendsten Hersteller fleischloser Convenience-Produkte zu werden, schreibt das Unternehmen mit Sitz in Schaan am Freitag. In Kooperation mit der Landquartier Frostag Food-Centrum AG beginnt das Schaaner Unternehmen nun mit der Produktion von Tofu aus Bio-Sojabohnen aus Schweizer Anbau. Die Wiege des Tofu steht in China: In Asien wird das Produkt aus Sojamilch nicht wie in Europa als Fleischersatz betrachtet, sondern traditionell oft als ergänzende Proteinquelle zu Fleisch serviert. Auch die Produktvielfalt ist in Asien bedeutend höher als in Europa. Hilcona transferiert diese Vielfalt nun in den Schweizer Markt. Investiert wurden insgesamt mehr als 1,5 Millionen Franken. Herge-



Hilcona transferierte nicht nur Produkt-Know-how aus Asien, sondern auch die Technologie zur Herstellung. (Foto: ZVG)

stellt werden Räuchertofu, Seidentofu, Ingwertofu, Kräutertofu, Currytofu, Crispy-Tofu, Tomaten-Tofu, Quinoa-Tofuballs, Lemongrass. Obwohl Tofu im Schweizer Lebensmitteleinzelhandel zweistellige Wachstumszahlen verzeichnet, sind die abgesetzten Mengen im Vergleich zu asiatischen Ländern immer noch gering, so Hilcona. Flexitarismus (eine Esskultur, die Fleischkonsum zulässt, ihn aber nicht in den Mittelpunkt stellt), Vegetarismus und Veganismus dürften sich aber in den nächsten Jahren in der Schweiz und im europäischen Ausland weiter verbreiten, findet Hilcona-CEO Martin Henck und rechnet deshalb weiterhin mit einem guten Marktwachstum: «Die Schweiz hat ein grosses Marktpotenzial für fleischlose Convenience-Ernährung. Wir entwickeln Hilcona zu einem der wichtigsten Player in diesem Markt.» (red/pd)

Masseneinwanderungsinitiative: Liechtenstein schöpft Hoffnung

Reaktionen Der Schweizer Nationalrat hat gestern das Gesetz zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in der Schlussabstimmung angenommen. Damit scheint es so, dass nach vielen Sorgen in Liechtenstein aufgetmet werden kann.

VON HOLGER FRANKE

Ohne Obergrenzen und Kontingente: Fast drei Jahre nach der Volksabstimmung gegen «Masseneinwanderung» hat sich die Schweiz für eine moderate Umsetzung der Initiative entschieden. Das Gesetz verzichtet aus Rücksicht auf EU-Prinzipien auf die ursprünglich geforderten jährlichen Höchstzahlen für ausländische Arbeitskräfte. Stattdessen sollen Arbeitsämter bei der Regulierung helfen. Die nationalkonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) bezeichnete das Gesetz als «Kapitulation vor der EU». Sie hatte die Volksabstimmung 2014 mitinitiiert. Die SVP drohte mit einem neuen Referendum. Brüssel hatte mehrfach deutlich gemacht, dass eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit als Verletzung gegen das Gesamtpaket der bilateralen Verträge angesehen werde. Dieses garantiert nicht nur allen EU-Bürgern die freie Wohnsitz- und Arbeitsplatzwahl in der Schweiz und umgekehrt. Das Abkommen regelt auch den Zugang zum EU-Binnenmarkt, der bei einem Verstoß ebenfalls auf dem Spiel stehen würde. Mehr als die Hälfte der Schweizer Exporte gehen in die EU. Das Gesetz gehe in die richtige Richtung, sagte ein Sprecher der EU-Kommission am Freitag in Brüssel laut Angaben der Deutschen Presseagentur (DPA). «Es ist ein gutes Zeichen, dass das Gesetz keine Quoten für die Personenfreizügigkeit europäischer Bürger auferlegt und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt in der Schweiz nicht begrenzt.» In den nächsten Tagen will die Kommission das Gesetz noch weiter prüfen und mit den EU-Staaten besprechen.

Wirtschaftsminister zufrieden

Seit Jahren besteht hierzulande die Sorge, dass eine wie von der SVP geforderte strenge Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die bislang sehr erfolgreiche Region Liechtenstein, St. Gallen und Vorarlberg besonders kräftig treffen könnte. Dementsprechend fielen die ersten Reaktionen gestern mit Erleichterung aus: «Mit der Annah-

«Was Liechtenstein betrifft, kann die vorliegende Lösung voraussichtlich als gut bezeichnet werden.»

BRIGITTE HAAS
STV. LIHK-GESCHÄFTSFÜHRERIN



Nationalräte der SVP hielten bei der Schlussabstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative im Nationalrat Plakate mit der Aufschrift «Verfassungsbruch» und «Massenzuwanderung geht weiter» hoch. (Foto: Keystone/Peter Klaunzer)

me des Gesetzes zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hat der Nationalrat dem sogenannten «Inländervorrang light» zugestimmt, der eine für Liechtenstein und den Wirtschaftsraum Rheintal relativ gut verträgliche Lösung darstellt», erklärte Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer gegenüber dem «Volksblatt». Bereits im Mai hatte eine von der HTW Chur im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erstellte Studie die Bedeutung der engen Vernetzung Liechtensteins im Rheintal aus volkswirtschaftlicher und steuerlicher Sicht vor allem für den Kanton St. Gallen aufgezeigt. «Damit konnte den politischen Vertretern der Schweiz dargelegt werden, dass eine moderate Umsetzung

auch für die an Liechtenstein angrenzenden Schweizer Regionen von grosser Bedeutung ist. Insofern bin ich mit dem Ergebnis sehr zufrieden», so Zwiefelhofer.

Verbände vorsichtig optimistisch

Aufseiten der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) bezeichnet man die beschlossenen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative als pragmatische Lösung. «Was Liechtenstein betrifft, kann die vorliegende Lösung voraussichtlich als gut bezeichnet werden. Wichtig ist, dass die Kontingentierung wegfällt, die uns wohl stark betroffen hätte», verdeutlicht die stellvertretende LIHK-Geschäftsführerin Brigitte Haas. Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) begrüsst eine Lösung ohne Kontingente, jedoch müsse zuerst der ganze Gesetzestext geprüft werden, um wirklich abschät-

zen zu können, ob Liechtensteins Interessen gewahrt sind. Beim Liechtensteinischen Bankenverband (LBV) hebt man hervor, dass mit der nun beschlossenen Umsetzung keine Kontingente vorgesehen sind und der Zugang für EU/EWR-Bürger zum schweizerischen und damit auch zum liechtensteinischen Arbeitsmarkt nicht beschränkt wird. «Es bleibt somit beim Status quo, was für die liechtensteinische Wirtschaft und den Finanzplatzes eine sehr positive Nachricht ist», verdeutlicht LBV-Geschäftsführer Simon Tribelhorn. Allerdings bleibe abzuwarten, wie dies seitens der EU-Kommission beurteilt wird. Gemäss ersten Reaktionen aus Brüssel sei die Umsetzung ein positives Signal und gehe in die richtige Richtung «Nächste Woche wissen wir mehr: wir rechnen dann mit einer abschliessenden Beurteilung und Rückmeldung.»

ANZEIGE

ZEMMA HOCKA.
MAL BESSER.
Fredy

ab HEUTE,
17.12. wieder
geöffnet!!!

guat essa
und gmuetlig
ha
Mani

MALBUNER STUBA

döt gang i wedr...

Malbuner

Mal besser. Malbuner.

Jöraboden Malbun · FL-9497 Triesenberg · Tel. +423 263 02 22 · www.malbuner.ch